

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4506

**Inseratenpreise:** Die 7 gefaltete Kolonelleise oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorricht 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gefaltete Seite 1.70 Mk. Restame-Kolonelleise 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Stegerwalds Rücktritt in Aussicht.

Berlin, 18. April. (Eigene Drahtmeldung der V. A.) Die preussische Kabinettsbildung durch den Ministerpräsidenten Stegerwald muß als gescheitert gelten, nachdem es ihm nicht gelungen ist, die Demokraten zum Eintritt in ein Geschäftministerium zu bewegen. Die sozialdemokratische Fraktion hatte bereits vorgestern ihre Teilnahme an einem Geschäftministerium abgelehnt, gestern haben nunmehr auch die Demokraten ihrem Ministerpräsidenten nicht freigegeben, sich an einem Geschäftministerium zu beteiligen. Damit ist die letzte der Stegerwaldschen Kombinationen hinfällig geworden. Er täte gut, nun endlich von seinem Posten zurückzutreten, damit eine klare Situation geschaffen wird, aus der heraus endlich die Kabinettsbildung erfolgen kann. Es ist wahrlich kein politisches Talent, wenn jemand einfach der Reihe nach alle irgendwie denkbaren politischen Kombinationen durchprobiert, um zum Schluß dann klar zu sehen, daß sie von vornherein aussichtslos waren. Der Ministerpräsident Stegerwald wird heute Vormittag noch mit den Demokraten verhandeln, um einen letzten Versuch, sie umzustimmen, zu unternehmen. Sollte auch dieser Versuch mißlingen, so dürfte Stegerwald heute im Laufe des Tages sein Amt niederlegen. Die meiste Aussicht auf Verwirklichung hat dann ein Ministerium aus der bisherigen Koalition, das wahrscheinlich zunächst in der Form der bisherigen Regierung weiter amtiert wird, bis die Krise im Reich und die auswärtige Situation gelöst ist.

Herr Stegerwald selber veröffentlicht heute wieder in einer Anzahl Berliner Tageszeitungen einen Leitartikel, in dem er erklärt, daß keinerseits Bindung gegenüber der Sozialdemokratie vorliegt. Demgegenüber erklärt die sozialdemokratische Korrespondenz des Herrn Heimann, daß sowohl durch die drei verhandelnden Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, als auch durch die beiden Demokraten festgestellt sei, daß die Zentrumspartei die von der Sozialdemokratie behauptete Bindung eingegangen sei. Das Berliner Tageblatt, das sich ausführlich mit dieser Angelegenheit beschäftigt, erklärt schließlich, daß eine formale Vereinbarung in Form einer protokollierten Erklärung nicht getroffen sei, eine moralische Bindung von sozialdemokratischer Seite differenziert Inhalts, die die Zentrumspartei wie auch den von ihr präsidieren Ministerpräsidenten verpflichtet, bestrehe zweifellos.

### Rechtssozialisten für die Koalition mit der Einheitspartei.

M. Berlin, 18. April. Die Arbeitergemeinschaft der Sozialdemokratischen Partei des Reiches hat heute eine Entscheidung an, worin es am Schluß heißt: Die Arbeitergemeinschaft bedauert lebhaft die Haltung der preussischen Landtagsfraktion bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung in Preußen, die die Gefahr dringend macht, daß die Partei durch gänzlichen Ausschluß aus der Regierung jeden ferneren Einfluß in dem Staat Preußen verliert.

### Die Wittelsbacher als Reichsverräter.

München, 18. April. (Eigene Drahtmeldung der V. A.) In Bayern wird in der letzten Zeit die Agitation für den ehemaligen Kronprinzen Rupprecht wieder sehr lebhaft betrieben. Im Zusammenhang damit wies gestern in einer öffentlichen Versammlung der NSD, der Genosse Winter darauf hin, daß die bayerische Presse, die jetzt immer unter Verhüllung der Wittelsbacher die Sabotageverbrechen verächtlich macht und den ehemaligen Kaiser Karl des Verrates beschuldigt, am allerwenigsten Ursache habe, darüber große Töne zu verlieren, denn es sei jetzt bekannt, daß die Wittelsbacher während des Krieges, und zwar beginnend nach der Sommeroffensive 1918, bereits in Sonderverhandlungen mit Frankreich eingetreten seien, nicht, um das bayerische Volk aus dem Kriege zu retten, sondern um den Thron der Wittelsbacher sicherzustellen. Die Verhandlungen gingen weiter und kurz vor dem Zusammenbruch 1918 waren sie bereits soweit gediehen, daß ihnen der damalige bayerische König Ludwig zugestimmt hatte. Genosse Winter erklärte, daß diese aufsehenerregende Mitteilung durch einwandfreie Belege bewiesen werden könnte.

### Der Kampf der englischen Bergarbeiter.

London, 18. April. Da die Vertreter der Bergarbeiterchaft erst am Freitag zusammentreten, dürfte der Kohlenstreik geraume Zeit fortdauern. Dabei ist beachtenswert, daß jetzt die ökonomischen Wirkungen in die Wagchale zu fallen beginnen. Die Stimmung in den Bezirken hat sich vielfach verschärft; vielfach werden der Rücktritt Hodges und die Einstellung der Rotarbeiten gefordert. Inzwischen treten die Organisationen der Arbeiterpartei zusammen zur Beratung der künftigen moralischen Unterstützung der Bergleute, denen sich angehängt der Haltung des industriellen Dreiebundes vielfach die Sympathie zuwenden.

London, 19. April. (M.) Verschiedene Berichte aus einzelnen Landesteilen weisen darauf hin, daß die Bergarbeiter über den Abfall der Transportarbeiter und Eisenbahner nicht hoffnungslos sind, sondern den Kampf fortsetzen wollen. Die ersten Folgen machen sich bereits bemerkbar. Täglich werden viele Fabriken geschlossen. Der Eisenbahnerstreik wird dauernd eingeschränkt. Die endgültige Entscheidung wird in der Versammlung der Bergarbeitervertreter am Freitag fallen. Der Streik hat England bisher um ungefähr 10 Millionen Tonnen Kohlen gekostet.

### Die Mobilisierung der Reservisten.

London, 19. April. (M.) Im Unterhause erklärte der Kriegsminister Evans, daß von 71000 aufgerufenen Reservisten 58000

dem Aufrufe Folge geleistet haben. Die Aufrufe beschränkten sich auf ehemalige Soldaten der Territorialtruppen. Als sich 75000 einstellten, der Freiwilligen gemeldet hatten, wurden die Listen geschlossen. Der Minister fügte hinzu, daß die Wehrmacht entlassen werden würde, sobald diese Vorkehrungsregeln überflüssig werden.

### Verzögert!

Berlin, 18. April. (Eigene Drahtmeldung der V. A.) Der Auwärtinge Aufruf, der für heute einberufen war, wird nicht zum Stande kommen. Auf Wunsch des Ministers Simons ist die Sitzung verschoben worden, weil der Minister noch nicht in der Lage ist, positive Mitteilungen in der Reparationsfrage zu machen. Die Volkszeitung meint, es habe den Anschein, daß bisher noch kein gangbarer Weg gefunden worden ist, um durch die Vermittlung einer fremden Macht zu Verhandlungen mit den Alliierten zu gelangen. Es wird sich vielmehr in den nächsten Tagen herausstellen, daß die Reichsregierung erst über die Frage entscheiden muß, ob sie ein Angebot, das Aussicht besitzt, als Verhandlungsgrundlage akzeptiert zu werden, den Alliierten unmittelbar unterbreiten will.

So wenig die Schwierigkeiten verkannt werden sollen, die sich vor der deutschen Regierung bei der Lösung der Aufgabe, einen Weg zu finden, der sowohl den verbleibenden französischen Forderungen entgegenkommt, als auch Deutschland eine wirtschaftliche Lebensmöglichkeit gewährleistet, ausfüllen, so muß es doch als sonderbar bezeichnet und im Ausland als Zeichen des Mangels an Verständigungswillen empfunden werden, daß die Reichsregierung allen Drohungen Frankreichs und allen Mahnungen und Winken Englands zum Trotz noch immer keinen Entschluß über die Art und Höhe ihres Angebots zu machen vermochte und den Reichstagsausschuß für Neugeschäft vor dem Termin, an dem sie ihm eine Erklärung über ihre Vorschläge zu machen versprochen, nach Hause schickte. Die Regierung hat damit vor der ganzen Welt ihre Anernstlichkeit demonstriert und ihre ohnehin so schwache Position äußerlich nicht verbessert. Es ist ihr in ihrem eigenen und im Interesse ganz Deutschlands dringend anzuraten, sich baldigst zu einem klaren Angebot anzusetzen, dessen Grundzüge nach Amsterdam nicht mehr zweifelhaft sein können.

Ueber die Natur des deutschen Angebots, über die sich wohl das Kabinett selbst noch nicht im Klaren ist, ist übrigens wieder eine neue Variante im Umlauf. Darüber berichtet unser Berliner Korrespondent:

Die Tägliche Rundschau will aus Amsterdam folgende Darstellung der deutschen Vorschläge erfahren haben: 1. Wiederaufbau des verwüsteten Nordens durch deutsche Arbeiter und deutsches Material in Verbindung mit den Alliierten. 2. Den Alliierten ist Anteil an den deutschen Industrieerträgen zu geben. 3. Übernahme der alliierten Schulden an Amerika durch Deutschland und Ausgabe einer Anleihe mit der Garantie der Alliierten zu diesem Zweck.

### Das Reichsbankgold als Sicherung gefordert.

Berlin, 18. April. Wie wir erfahren, ist von der Reparationskommission an den Vorsitzender der deutschen Kriegslastenkommission mündlich die Aufforderung gerichtet worden, die Goldbestände der Reichsbank und der übrigen deutschen Notenbanken bis zum 1. Mai nach Plätzen im besetzten Gebiet, etwa Köln und Koblenz, überzuführen. Diese Maßnahme solle eine Sicherheit für die deutschen Leistungen auch nach dem 1. Mai sein. Die deutsche Regierung soll sich verpflichten, daß ohne Zustimmung der Reparationskommission über dieses Gold zur Bestreitung anderer Gläubiger nicht verfügt wird. Eine schriftliche Uebereinkunft dieser Aufforderung steht noch aus. Jedenfalls darf schon jetzt kein Zweifel darüber gelassen werden, daß hier eine Forderung vorliegt, der von deutscher Seite unter keinen Umständen entsprochen werden kann.

### Wieder ein Konflikt.

Berlin, 18. April. (DA.) Zwischen der Reichsregierung und der Interalliierten Rheinlandkommission ist ein Konflikt entstanden, der zu einem ausgedehnten Schriftwechsel geführt hat. Die Rheinlandkommission fordert die Auslieferung gewisser Bezirke, die sich bestimmter Distrikte im besetzten Gebiet schuldig gemacht haben. Falls deren Auslieferung nicht bis heute Abend erfolgt, droht die Rheinlandkommission, dem deutschen Reichskommissar für die besetzten Gebiete das Mandat zu entziehen bzw. seine Dienststelle aufzuheben.

### Der 1. Mai Staatsfeiertag in der Tschechoslowakei.

Prag, 18. April. (M.) Infolge eines Beschlusses des Ministerrats wird der 1. Mai in der Tschechoslowakei als Staatsfeiertag betrachtet werden. Mit diesem Beschlusse, den Weltfeiertag des Proletariats als Staatsfeiertag anzuerkennen, folgt die Tschechoslowakei dem Beispiel Desterreichs. Er kann als Gradmesser für die Machtposition, die sich die Arbeiterschaft in diesen beiden Staaten erwarungen haben, gewertet werden.

### Mansfeld und Moskau.

Von D. Jussen.

Es ist aber klar, daß Krisen einer Bewegung nicht durch historische Untersuchungen überwunden werden, wie furchtbar diese sonst sein mögen, sondern durch proletarische Aktion. Natürlich handelt es sich nicht um Bettelheimische „Ausrufungen“, sondern im Gegenteil um ernste organisatorische Arbeit und Aufbau entsprechender Organisationen und um täglichen Massenkampf gegen die wachsende Not, um die vergebene, schlafende Kraft des deutsch-österreichischen Proletariats zu entfalten, bis der Tag kommt, wo die Ausrufung der Räterepublik kein Putsch, sondern nur das Aussprechen dessen sein wird, was die Wirklichkeit, das Leben, geboren hat. K. Kadek.

Die kommunistische Zentrale hätte sich an dieses Wort des anerkannten kommunistischen Theoretikers und Politikers erinnern sollen, ehe sie ihre unklugen Parolen herausgab. Aber die Kritik der Westentscheidungsfrage des deutschen Putschs, den die unerfahrene kommunistische Partei in Wien machte, wird Karl Kadek nicht abhalten, den deutschen Putsch zu billigen. Es ist ein Zeichen des bakuninistischen Marxismus, daß er so und auch anders kann. Seine Theoretiker sind durch die Schule des europäischen Marxismus gegangen, dessen umfassende Kenntnisse der westpolitischen Strömungen und der Arbeiterbewegung aller Länder aus der Wortfleherei. Sie sind fähige Journalisten. Die Zweipartigkeit ihrer wahren ökonomischen Lage und ihrer Politik zwingt sie dazu, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten zur Verschleierung der Zusammenhänge zu benutzen und anscheinend marxistische Konstellationen an die Stelle unklarer, echringender, vorurteilsloser, ökonomischer und politischer Untersuchungen zu setzen. Das zeigt Paul Levi in seiner bekannten Broschüre am Beispiel Karl Kadeks und der Stellung der Kommunisten zum Lumpenproletariat.

Es ist eine der traurigsten Erscheinungen des Putschs, daß man zu Methoden des Lumpenproletariats zurückkehrte, und daß der verfallene Elemente, wie der heriholte Holz, im Auslandsgebiet eine führende Rolle spielen konnten. Mag die kommunistische Zentrale jetzt die Dynamikentente abschütteln, mag das meiste auf Rechnung von Spitzeln kommen, so ist doch durch die ganze von der roten Fahne gepflegte Phrasologie in Lumpenproletarischen Methoden vorgezeichnet worden. Das Wirken von Holz und seinen Leuten weiß die typischen Züge jener Taktik auf, die in der russischen Revolution von 1905 von den sogenannten Maximalkisten geübt und von den Bolschewiki heftig bekämpft wurde. Man lese bei Trotski nach (Rusland in der Revolution, S. 100 ff.), welche Rolle das Lumpenproletariat 1905 in Rusland gespielt hat als Werkzeug des Zarenismus.

Heute hat man auch hier revidiert. Das zeigt Levi an Zitaten aus einem ungedruckten Artikel Kadeks, der als Antwort auf eine Warnung Levis vor der politischen Verwendung des Lumpenproletariats geschrieben wurde:

Es handelt sich um nichts mehr und nichts weniger als die Tatsache, daß bei dem rapiden Verfall des Kapitalismus und der langsamen Entwicklung der Revolution immer größere proletarische Massen in die Reihen der Arbeitslosen hineingedrängt werden und hier verelenden und verkrumpen. Der jetzt noch nach alter sozialdemokratischer Manier seine theoretische Nase über dieses Lumpenproletariat zu rümpfen beginnt, der wird diese Massen niemals zur revolutionären Aktion zu mobilisieren verfehen.

Paul Levi, der Kampfgenosse Kadeks, antwortet darauf so treffend und mit so bestender Ironie, daß wir ihn als Kommunisten und genauen Kenner von Kadeks Schriften und Persönlichkeit selbst zu Worte kommen lassen müssen:

Und nun erlaube der Genosse Kadek mir, der ich selber ein armer und irrender Mensch, selbst der klaren Einsicht har und in Entwicklung begriffen, zudem ein „revolutionärer Erfolgspolitiker“ bin, ihm, dem großen Marxisten aus meinem schwachen Verstande heraus einige Bemerkungen zu machen. Genosse Kadek redet von „theoretischem Kaserumpfen“ über das Lumpenproletariat nach alter sozialdemokratischer Manier. Die Manier ist freilich schon sehr alt. Die Manier hat bereits begonnen in der ersten „sozialdemokratischen“ Schrift, die es gibt — im kommunistischen Manifest. Dort heißt es: „Das Lumpenproletariat, diese passiv verfaulende der untersten Schichten der Gesellschaft, wird durch eine proletarische Revolution hellenweise in die Bewegung hineingeführt; seiner ganzen Lebenslage nach wird es bereitwilliger sein, sich zu reaktionären Antrieben kaufen zu lassen.“ Man sieht also, „das theoretische Kaserumpfen“ begann schon Marx, und leidlich früh.

Der marxistische Auffassung stellt Levi die bakuninische Räuberherrlichkeit gegenüber. Es heißt da u. a. bei Bakunin: „Die in den Wäldern, Städten und Dörfern ganz Russlands verstreuten und die in den zahllosen Gefängnissen des Reichs festgehaltenen Räuber bilden eine einheitliche und unteilbare, hart verbundene Welt, die Welt der russischen Revolution. In ihr,